

LESEROBMANN**Dieser Ärger**

REINHARD OLDEHEWE

TELEFON: 0371 656-65666 (10-12 Uhr)
TELEFAX: 0371 656-17041
E-MAIL: leserobmann@freiepresse.de

Dafür habe ich vollstes Verständnis: Der Leser ärgert sich über etwas und möchte, dass der Grund dafür so schnell wie möglich beseitigt wird. Also ruft er bei mir an, denn es geht um etwas, für das seiner Ansicht nach ganz bestimmt eine Behörde zuständig ist, denn schließlich befindet sich der Missstand im öffentlichen Raum, meistens bei ihm um die Ecke.

Und weil der Bürger davon ausgeht, dass die Anfrage eines Redakteurs der Zeitung in den Amtsstuben mehr Gewicht hat und zeitnaher etwas bewirkt, wählt er meine Nummer und sagt: „Kümmern Sie sich mal darum.“ Ob das funktioniert? Ehrlich gesagt, weiß ich das nicht, weil ich die Hinweise immer an die Kollegen in den Lokalredaktionen weitergebe, aber nicht alle 19 Ausgaben täglich verfolgen kann, ob es einen Bericht dazu gab und sich etwas getan hat. Bevor ich meine Bitte formuliere, erst einmal drei Beispiele aus jüngster Zeit:

„Da hat jemand einen Kühlschrank entsorgt und einfach in den Straßengraben geworfen, dort liegt er nun schon seit einer Woche“, teile mir eine Anruferin mit und fügte hinzu: „Das ist ein Schandfleck, den muss doch jemand mal beseitigen.“ Auf die Idee, selbst bei der Gemeindeverwaltung anzurufen, ist sie nicht gekommen. „Das können Sie doch machen“, meinte sie.

„Die Umleitung wegen der Baustelle hätte schon vorgestern aufgehoben werden sollen, aber die Schilder stehen immer noch da“, informiert mich ein Leser und formuliert seinen Auftrag: „Fragen Sie doch mal bei der Stadt nach, warum das so ist und wann das geändert wird?“ Selbst wollte er sich die Mühe nicht machen, denn: „Mir hört doch da sowieso niemand zu.“

Seit kurzem kenne ich das Drüsige Springkraut, bei dem es sich um ein Neophyt handelt, also um eine Pflanze, die bei uns eigentlich nicht heimisch ist, also eingeschleppt wurde, sich in der Folge nun breitmacht hat und deshalb andere Gattungen gefährdet, in diesem Sinne als Unkraut zu betrachten ist. Ein Leser meinte: „An dem Bachlauf nimmt es überhand, da sollten unbedingt mal die Leute vom Gartenamt aktiv werden und es beseitigen.“ Gebe ich weiter, habe ich gesagt und diese Frage hinzugefügt: „Und wenn Sie selbst mal beim Bürgertelefon anrufen?“

Und weil ich viel Verständnis für diese Einstellung habe, könnte ich auf diese Idee kommen: Liebe Kollegen, auf einigen Straßen in der Stadt ist vor Wochen schon Rollsplitt verteilt worden, was für Radfahrer ohnehin übel ist, doch nun haben die Autos das Zeug nicht nur festgefahren, sondern auch zur Seite geschleudert, wo es nun gesammelt liegt und eine erhebliche Gefahrenquelle für Zweiräder darstellt. Bitte kümmert Euch doch mal, dass die Kehrschnecke zum Einsatz kommt.“ Ganz ehrlich, liebe Leser? So bin ich nicht, ich spreche lieber mal einen Verantwortlichen an und frage: Wie sieht's aus? Meine Bitte deshalb: Sie dürfen mich und meine Kollegen gern weiterhin auf solche Missstände hinweisen, aber manchmal kann der eine oder andere Anruf im Rathaus auch Wunder bewirken, oder nicht?

HINWEIS

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe sinnwahrend zu bearbeiten. Leserbriefe geben stets die Meinung ihres Verfassers und nicht die der Redaktion wieder. E-Mails müssen die vollständige Adresse enthalten. Anonyme Zuschriften werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

Große Frage: Wem nützt das?

Zu den Berichten über die Reaktionen auf den mutmaßlichen Giftanschlag auf Alexej Nawalny haben uns viele Meinungen erreicht. Dies ist eine weitere Auswahl mit Auszügen aus den Briefen.

Unterschiede akzeptieren

Lügen, Täuschen, Vertuschen – das ist die Strategie des Kremles. Die Wahrheit ist der Feind. Dieses korrupte Regime fürchtet nichts mehr als die Demokratisierung des Landes. Die jahrhundertlange Geschichte hat gezeigt, dass die russische Bevölkerung – geprägt durch Zar, Stalin, Breschnew-Ara und Putin – eine selbst verschuldete politische Unmündigkeit erreicht hat. Nur Gorbatschow – der „Verräter“ an der Sowjetunion – hat die rote Linie verlassen. Wir müssen begreifen und akzeptieren, dass unsere freiheitlichen westlichen Werte nicht mit denen der Russen übereinstimmen. Nur so können wir in Zukunft eine friedliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Russland gestalten.

Guntram Kunzmann, Chemnitz

Nicht schlechter, nicht besser

Es ist schon erstaunlich: Jedes Mal, wenn über einen russlandkritischen Sachverhalt berichtet wird, melden sich im Leserforum reflexartig fast ausschließlich die zu Wort, die anscheinend keinerlei Kritik an Putin und seiner Regierung vertragen, wie kürzlich wieder im Fall Nawalny. Natürlich ist es richtig, dass der Giftanschlag auf Putins schärfsten Gegner erst hundertprozentig bewiesen werden muss, bevor man die Schuldigen öffentlich benennt. Aber wen wundert es, dass man einem Staatsmann misstraut, unter dessen Führung auch andere politische Gegner auf ähnliche Art zum Schweigen gebracht wurden, der einfach mal so eine Halbinsel annektiert, der in Syrien einen Schurken unterstützt und der sich durch eine Verfassungsänderung zum Präsidenten auf Lebenszeit krönen lässt. Russlands Verhalten ist nicht schlechter aber auch nicht besser als das anderer Großmächte dieser Welt: bei Bedarf menschenfeindlich, rücksichtslos, arrogant. Dabei ist Arroganz nur die vornehme Schwester der Dummheit. (...)

Hartmut Markert, Leubsdorf

Heuchlerischer Akt

Zum Bericht „Kretschmer warnt vor übereilten Schritten im Streit um Nawalny“: Ich stehe voll hinter dieser Einschätzung. Ich hoffe, dass Kretschmer seine Aspekte weiterhin offensiv und sachlich in Regie-



Alles andere als spannungsfrei sind momentan die Beziehungen zwischen der EU und Deutschland mit Russland.

FOTO: BERND VON JUTRCZENKA/DPA

rungskreisen und in der Öffentlichkeit darlegt. Ein mögliches Aus von Nord Stream 2 wäre ein heuchlerischer Akt der Bundesregierung, denn es würden sich daraus hauptsächlich zwei Fragen ableiten: Wieso gab es keinen Stopp des Ölimports aus Saudi-Arabien, nach dem Mord an Jamal Khashoggi? Wieso gab es keinen Stopp des Warenverkehrs mit den USA nach der völkerrechtswidrigen Invasion der USA und GB in den Irak? Zumal damit eine gesamte Region im Nahen Osten total destabilisiert wurde. (...)

Volkmar Zimmermann, Neukirchen

Auf Russland verlassen können

Mein Frage: Wem nützt dies (wirklich)? Endlich hat man einen Weg gefunden, um es Trump recht zu machen, den Bau von Nord Stream 2 zu verhindern. Für ihn stehen Milliarden an Gewinn in Aussicht. Ob Trump oder Putin, für deren Macht-erhalt wird mit allen Mitteln gekämpft. Der Unterschied ist, dass man sich wirtschaftlich immer auf Russland verlassen konnte. Sanktionen gegen das Land schadenen bisher vor allem der ostdeutschen Wirtschaft. Wenn am Sinn der Pipe-

line gezweifelt wird, weil zu unwirtschaftlich, unwirtschaftlich und zu teuer, sollte man doch endlich das Desaster um den neuen Flughafen beenden und die Verursacher belangen. Aber das bleibt wohl ein Traum, zu viele Amtsträger stecken dahinter. Ob man die mahnenhaften Worte der ostdeutschen Wirtschaftsweisen erhört? Oder ist es am Ende gar nicht gewollt, die Wirtschaft hier nach 30 Jahren etwas unabhängiger von den westdeutschen Unternehmen zu machen?

Sabine Andrä, Schneeberg

Nur Anlass für Medienkrieg

Die Nato fordert Aufklärung vom russischen Staat zum Fall Nawalny. Doch warum interessiert sie sich die für einen Kriminalfall? Ein Blick in längst vergangene Zeit bringt vielleicht Aufklärung: Der Anlass für den Ersten Weltkrieg war bekanntlich das Attentat von Sarajewo. Heute sucht man wieder einen Anlass für einen Krieg – den Medienkrieg gegen Russland. Die Absicht dahinter ist allzu leicht durchschaubar. Niemand interessiert sich wirklich für Nawalny, der im Übrigen auch nicht auf legale Weise zu seinen Mil-

lionen gekommen sein dürfte. Vielmehr wird man so einen Weg sehen, die Anlandung des russischen Gases in Saßnitz/Mukran doch noch zu verhindern.

Joachim Volke, Crottendorf

Unverhältnismäßig

Wie erwartet droht Deutschland nun direkt mit Sanktionen dergestalt, den Bau der Gasleitung Nord Stream 2 zu stoppen, wenn Russland den Giftanschlag nicht aufklärt. Wir könnten keine Geschäfte mit einem Land machen, das seine Kritiker vergiften würde, so unser Außenminister. Wir können aber Geschäfte mit den USA machen, einem Land, das einen Drohenkrieg führt, der dem Völkerrecht widerspricht und tausende Menschen getötet hat. (...) Noch ist es nicht bewiesen. Aber sollte es sich herausstellen, dass die Russen einen Giftmord geplant haben, wäre das verabscheuungswürdig. Den Bau der Gasleitung als Strafmaßnahme dagegen in die Waagschale zu werfen, ist aber nicht nur unverhältnismäßig, sondern auch dumm, denn wir schadenen uns am meisten selbst damit. Und im Hintergrund steht nach wie vor die notwendige Begrenzung der Erderwärmung. Atomausstieg - ok. Kohleausstieg ebenfalls. Aber was nun? Es geht nicht ohne russisches Erdgas. Wer das nicht versteht, ist nicht mit Weisheit gesegnet, sondern offenbar auch borniert.

Joachim Pomper, Waldenburg

Ausgrenzung bewirkt Gegenteil

Nun ist die Ungeheuerlichkeit also als Realität zu betrachten. Ich bin ebenso entsetzt wie die Kommentatoren. Aber sind wir wirklich berechtigt, deswegen Sanktionen gegen Russland zu verhängen? Die Gaspipeline „deswegen“ nicht fertigzustellen und dafür das „zufällig“ gerade überschüssige US-Gas mit dem unmöglichsten denkbaren ökologischen Fußabdruck zu nutzen? Wer soll denn noch an diese „Verknüpfung“ von Dingen, die nichts miteinander zu tun haben, glauben? (...) Ich bin kein Fan von Putin, aber nach 1918 haben 20 Jahre genügt, um die Bevölkerung erneut scharf zu machen. Gegenseitige ökonomische Abhängigkeiten sind ein gutes Mittel gegen Anfeindungen mit schlimmen Spätfolgen zwischen Staaten, auch Krieg genannt. Manöver, wie kurz vor Corona, sind ein erprobtes Mittel, die Konfrontation voranzutreiben. Wer von uns könnte daran interessiert sein? Außer Rüstungsindustrie, Militär und Öl- Gaslieferanten fällt mir da niemand ein – und das ist historisch nicht ganz unbegründet. Wann endlich wird Russland wieder in die politischen Runden integriert? Ausgrenzung bewirkt genau das Gegenteil. (...)

Peter Kroll, Oberlungwitz

In Worten und Taten überzeugen

Im Interview „Es ist nicht Aufgabe einer Kirche anzuecken“ äußerte sich der Kirchen-Vertreter Till Vosberg zur innerkirchlichen Kritik am Kurs der EKD bei der Seenotrettung. Dazu hat uns ein weiterer Leserbrief erreicht.

Vosbergs Kritik an der kirchlichen Beteiligung der Seenotrettung im Mittelmeer ist euphemistisch, arrogant, scheinheilig und makaber, weil sie nichts von dem christlichen Auftrag der Kirche weiß, den Dietrich Bonhoeffer allen Kirchen in das Stammbuch schrieb: „Kirche ist nur Kirche, wenn sie für andere da ist.“ Das muss sie in Worten und Taten bezeugen, auch wenn sie damit durch ihr Verhalten in manchen Kreisen von Kirche und Gesellschaft aneckt. Auch Jesus ist bei den Frommen angeekelt (siehe Tempelreinigung) und wurde darum gekreuzigt. Kirche – und das heißt Christen – müssen in die Bresche springen und Alarmzeichen setzen, wo zum Beispiel Deutschland und alle anderen EU-Staaten es dulden, dass Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken müssen, ohne gerettet zu werden.

Denn der eigentliche Skandal ist doch, dass die EU die Mittelmeermission zur Rettung von Flüchtlingen eingestellt hat, weil man sich im Streit um die Zahl der Flüchtlingsaufnahme in den Ländern der EU nicht geeinigt hat. Lieber lässt man Menschen ertrinken, die gar nicht alle „Wirtschaftsflüchtlinge“ sind. Davon spricht Vosberg mit keinem Wort.

Denn die Kirche kann ja mit ihrer kleinen Rettungsmission nicht die Welt retten, aber mit der Sea-Watch 4 will sie auch eine ständige Mahnung an die Politik sein, endlich wieder eine ständige europäische Seenotrettung einzurichten und eine wirksame Grenzsicherung zu organisieren, die das Recht von Flüchtlingen schützt und Ordnung an den Grenzen wieder herstellt. So ist auch der Vergleich von Vosberg mit dem Gleichnis vom barmherzigen Samariter irreführend, weil er nicht erwähnt, dass auch ein Levit und ein Priester (Vertreter der Kirchen) an dem unter die Räuber Gefallenen bereits vorbeigehen und nicht Erste Hilfe leisten, weil dies doch scheinbar nicht ihre Aufgabe ist. Will sich Vosberg vielleicht mit diesen identifizieren?

Christoph Körner, Erlau

KURZ UND KNAPP

Zum Beitrag „Wegen jeder Erkältung zum Corona-Test?“ hat uns diese Meinung erreicht:

Eine Passage hat mich etwas stutzig gemacht. Es ist dort zu lesen, dass in Schleswig-Holstein und Berlin bereits eine Handlungsempfehlung (Fluss-Schema) existiert. Warum will Sachsen jetzt das Rad noch einmal neu erfinden? Wäre es nicht möglich, diese Empfehlung einfach zu übernehmen oder will etwa jedes Bundesland wieder sein eigenes Stüppchen kochen? Wundern würde es mich nicht.

Stefried Rosch, Chemnitz

Zum Bericht „Großmutter schlägt Alarm: Fünf Kinder tot in Wohnung gefunden“ meint dieser Leser:

Die Vorgänge in Solingen machen wieder einmal deutlich, dass deutsche Politiker für die Not im eigenen Land die Augen verschließen oder wie so oft, einfach wegschauen. Wie das zuständige Jugendamt selbst zugeht, gab seit langem Warnhinweise für beklagenswerte Missstände, für die sich offenbar niemand so richtig interessierte. Fünf erstickte Kinder und ein vorerst misslungener Suizid sind die traurige Bilanz einer jämmerlichen Innenpolitik.

Alexander Krüger, Werdau

Mehr als nur Sirenen heulen lassen

Zum Bericht „Bundesweiter Warntag: Allein in Sachsen heulen 3200 Sirenen“ hat uns ein Leser seine Meinung mitgeteilt:

(...) Rührend, wie man sich um unsere körperliche Unversehrtheit zu bemühen scheint. Diese gewährleistet man aber nicht, indem Politik gemacht wird – nahezu weltweit, globalisiert eben –, die weder dem Klimawandel noch der Friedensbewahrung gerecht wird. Das Heulen von Sirenen wird uns nicht schützen, nicht einmal Bunker werden das können. Wovor auch immer. Wenn Politik nicht viel mehr erreicht, als Sirenen heulen zu lassen, dann sind wir alle verraten und verkauft. Und das nicht zum ersten Mal, woran uns unsere Vergangenheit eigentlich erinnern müsste.

Wolfgang Müller, Freiberg

Auf der gleichen Wellenlänge

In diesen Leserbriefen geht es um Meinungen zum Beitrag „SPD und Grüne boykottieren Festredner Vaatz“.

Seit der Wende viel geändert

Da hat Arnold Vaatz mal eine andere Meinung, als von Partei und Regierung vorgegeben – gut, das Recht hat er. Aber diese Meinung zu äußern, das geht denn doch zu weit. Hinter jedem Gebüsch lauert die selbst ernannte Sprachpolizei und waltet ihres angemaßten Amtes. Eigenartig, ich kam auf einen ähnlichen Gedanken, als die Landtagswahl nicht das erwünschte Ergebnis brachte und es einen Rückgriff gab auf das bewährte Blockparteiensystem der DDR, und schon konnte man mehr als ein Vier-



Arnold Vaatz (CDU) ist als Festredner umstritten.

FOTO: MATTHIAS RIETSCHEL/DPA

tel der sächsischen Wähler faktisch für unzurechnungsfähig erklären. Nun kann man das nicht verallgemeinern, es hat sich doch einiges geändert seit der Wende. So war es unter DDR-Politikern nicht üblich, zu Gratulationszwecken einen Blumenstrauß vor die Füße zu werfen. (...)

Ludwig Bachmann, Chemnitz